

München, 21.04.2023

SPD engagiert sich für junge Menschen in der Übergangsphase zum Beruf

Kein Schulabschluss – was nun? Die SPD will junge Menschen beim Übergang von der Schule zum Beruf nicht im Stich lassen. Gute Betreuung und Beratung sind wichtig, um ein gutes Weiterkommen zu ermöglichen und ein vorzeitiges Abbrechen der Ausbildung, wie es viel zu oft vorkommt, zu vermeiden. Leider bleiben viel zu viele junge Frauen und Männer für längere Zeit im sogenannten Übergangssystem – vermutlich, weil es nicht genügend passende Angebote und Fördermöglichkeiten gibt. Diana Stachowitz, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion fordert: Der Staat muss für die jungen Menschen Verantwortung übernehmen und darf ihre Situation nicht einfach übersehen. Zumal in zahlreichen Branchen akuter Arbeitskräftemangel herrscht.

Der sogenannte Übergangsbereich besteht aus einem Bündel an Maßnahmen und Programmen, die sich an Jugendliche und junge Erwachsene beim Übergang von der Schule in den Beruf richten. Sie sollen Jugendliche auf die Ausbildung vorbereiten, sie begleiten und coachen sowie das Nachholen von Schulabschlüssen ermöglichen. Bundesweit befinden sich nach einer Schätzung des Bundesinstituts für Berufsbildung rund 234.000 junge Menschen (Jahr 2020) in dem System, das wegen seiner Unübersichtlichkeit mit Attributen wie „Förderdschungel“, „Labyrinth“ oder „Blackbox“ versehen wird. Zahlen für Bayern liegen nicht vor. Das liegt vermutlich daran, dass CSU und Freie Wähler dieses für sie unangenehme Thema seit langem einfach ausblenden – zu Lasten der jungen Menschen, die ein Recht auf faire Berufschancen haben. Die SPD findet: Das Übergangssystem soll einem erfolgreichen Berufsstart dienen und nicht etwa als Verwehrstation oder gar als Sackgasse.

Die SPD als Partei für soziale Politik will dieses System daher so reformieren, dass es die jungen Menschen dorthin bringt, wo sie selbst ja auch hinwollen: in einen Beruf, der ihren Interessen und Fähigkeiten entspricht. Um zielgerichtet vorgehen zu können, gilt es erst einmal die wichtigsten Fakten zu sammeln – denn nicht einmal damit hat sich die schwarz-orangene Koalition bislang befasst: Wie viele Menschen befinden sich im Übergangssystem, wie lange sind sie dort und welche Angebote gibt es überhaupt? Der Sozialausschuss des Landtags hat einem entsprechenden [Antrag](#) der SPD zugestimmt.

Diana Stachowitz: „Der Staat darf die Augen nicht verschließen, wenn es am Übergang von der Schule zum Beruf Probleme gibt. Wir sind es den jungen Menschen, aber auch

unserer Wirtschaft schuldig, dass niemand durchs Raster fällt. Die SPD steht für soziale und zukunftsorientierte Politik.“